

MISERE AN DEN SCHULEN

LEHRKRÄFTE ARBEITEN HÄUFIG AM LIMIT

Die SPD sieht mit Sorge die Überlastung von Lehrkräften an hessischen Schulen. **Christoph Degen** forderte die schwarz-grüne Landesregierung angesichts der steigenden Anzahl von Überlastungsanzeigen auf, die Beschwerden der betroffenen Lehrerinnen und Lehrer endlich ernst zu nehmen.

„Eine Überlastungsanzeige unterschreibt niemand, weil er mal einen schlechten Tag hatte. Dass auf solche Hilferufe nicht einmal eine Eingangsbestätigung aus dem Hessischen Kultusministerium erfolgt, ist Ausdruck der Arroganz und der Respektlosigkeit der amtierenden Landesregierung gegenüber unseren Lehrerinnen und Lehrern.

Das Land muss endlich wieder zu einem wertschätzenden und vertrauensvollen Umgang mit seinen 60.000 Lehrkräften zurückfinden.“

Niemand erwartet, dass der Lehrermangel und die daraus resultierende Überlastung der Lehrkräfte mit einem Federstrich beendet werden könnten. „Aber man muss doch mit Betroffenen reden, man muss gemeinsam nach Lösungen suchen und Perspektiven aufzeigen.“ Degen forderte die Landesregie-



PARALLEL ZUR PLENARSITZUNG FORDERTE DIE GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT (GEW) BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN AN DEN HESSISCHEN SCHULEN. CHRISTINE DIETZ ERLÄUTERTE CHRISTOPH DEGEN UND THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL DIE POSITION DER GEW.

rung auf, endlich eine Arbeitszeitstudie für Hessen und einen Gesundheitsbericht über die staatlichen Bediensteten im Schuldienst auf den Weg zu bringen. Echte Vertretungsreserven müssten aufgebaut und die Schulen auf der Basis ihrer tatsächlichen Bedarfe ausgestattet werden.

AUSBAUBEITRÄGE RICHTIG ABSCHAFFEN

Die SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorgelegt, der von Schwarz-Grün in Bausch und Bogen abgelehnt worden ist.

Bislang sind die hessischen Städte und Gemeinden verpflichtet, die Anlieger an den Kosten für die Sanierung von Straßen zu beteiligen. In immer mehr Kommunen entstehen Belastungen für die Grundstückseigentümer, die sich auf mehrere 10.000 Euro belaufen können. **Günter Rudolph** sagte:



„Der Sanierungsstau an kommunalen Straßen wird für viele Bürgerinnen und Bürger zu einem großen Problem. Deshalb besteht entsprechender Handlungsbedarf. Mit unserem Gesetzentwurf stellen wir eine Alternative zum Vorschlag von CDU, Grünen und FDP dar. Diese Fraktionen wollen die Bürger mit keinem Euro entlasten.“ Die SPD-Fraktion wolle die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeträge gewährleisten. „Die für die Sanierung der Straßen notwendigen Finanzmittel sollen den Kommunen vom Land über eine Investitionspauschale zur Verfügung gestellt werden.“

HALBHERZIG IN DER SACHE - SCHÄBIG IM UMGANG

Ein Gesetz zu den Straßenausbaubeiträgen haben CDU, Grüne und FDP beschlossen. Der Unterschied zu vorher: Die Städte und Gemeinden können Beiträge erheben, müssen das aber nicht mehr zwingend. Aus Sicht der SPD ist das nur eine halbherzige Lösung. Damit können sich wohlhabende Kommunen leisten, darauf zu verzichten, ärmere müssen die Bürgerinnen und Bürger belasten.

Einen schäbigen Verstoß gegen die parlamentarischen Regeln hat Schwarz-Grün damit begangen, die Debatte über den alternativen Vorschlag der SPD schlicht abzuwürgen.



DAS HESSISCHE LANDESVERFASSUNGSGERICHT, DER STAATSGERICHTSHOF

FOTO: STAATSGERICHTSHOF

SCHLAPPE VOR DEM STAATSGERICHTSHOF

Nachdem der hessische Staatsgerichtshof das von Schwarz-Grün hektisch durchgepeitschte Landtagswahlgesetz in Teilen für verfassungswidrig erklärt hat, forderte **Günter Rudolph** eine sorgfältige Bewertung des neuen Gesetzentwurfs von CDU und Grünen, mit dem der schwere Schnitzer korrigiert werden soll. Der Staatsgerichtshof hatte entschieden, dass die Abweichung des Frankfurter Wahlkreises 34 mit über 27 Prozent unter dem Durchschnitt der hessischen Wahlkreise nicht vereinbar sei mit dem Anspruch, dass alle Stimmen gleich viel zählen. Schwarz-Grün habe alle Warnungen der Opposition in den Wind geschlagen und sei allein für diese Schlappe verantwortlich.



entwurfs von CDU und Grünen, mit dem der schwere Schnitzer korrigiert werden soll. Der Staatsgerichtshof hatte entschieden, dass die Abweichung des Frankfurter Wahlkreises 34 mit über 27 Prozent unter dem Durchschnitt der hessischen Wahlkreise nicht vereinbar sei mit dem Anspruch, dass alle Stimmen gleich viel zählen. Schwarz-Grün habe alle Warnungen der Opposition in den Wind geschlagen und sei allein für diese Schlappe verantwortlich.

ERFOLGSGESCHICHTE ENERGIEWENDE



In der Aktuellen Stunde zur Windkraft verwies **Stephan Grüger** auf die wirtschaftliche und industriepolitische Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien. „Wenn die FDP gegen

Erneuerbare Energien kämpft, kämpft sie gegen mittelständische Unternehmen und gegen inzwischen 330.000 Arbeitsplätze, die in der Erneuerbaren-Energien-Branche entstanden sind.“

DURCHLÖCHERTES NACHFLUGVERBOT

Eine Mitverantwortung der Landesregierung für Verstöße von Ryanair gegen das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen sieht **Marius Weiß**. „Diese Landesregierung steht für ein durchlöcheres Nachtflugverbot und für

Lohndumping. Das hilflose Handeln von Verkehrsminister Al-Wazir hat sehr deutlich gezeigt, dass er sich auf der Nase herumtanzen lässt. Ryanair lässt sich von Ankündigungen des Ministers nicht mehr beeindrucken.“ Noch auf der Oppositionsbank habe Al-Wazir die damalige schwarzgelbe Landesregierung wegen der Zahl der Nachtflüge stark kritisiert. „Heute ist Herr Al-Wazir selbst Minister und für neue Rekordzahlen von Nachtflügen verantwortlich.“



IN GEDENKEN AN DEN EHEMALIGEN HESSISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN HOLGER BÖRNER WURDEN HILDE REKTORSCHKE, WILLI GÖRLACH, JOACHIM ALBRECHT UND DR. UDO SCHLITZBERGER FÜR IHREN EINSATZ UND IHR ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT MIT DER HOLGER-BÖRNER-MEDAILLE AUSGEZEICHNET. DIE HOLGER-BÖRNER-MEDAILLE IST DIE HÖCHSTE AUSZEICHNUNG DER HESSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE UND WÜRDIGT DIE ANSTRENGUNG IM KAMPF FÜR MEHR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT.

FOTO: ELVEDIN GOLJICA



TRAUER UM MANFRED SCHAUB

Die hessische SPD-Landtagsfraktion trauert um den stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden und Baunataler Bürgermeister Manfred Schaub, der am Pfingstwochenende im Alter von 60 Jahren völlig unerwartet verstorben ist. „Wir verlieren einen guten Freund. Die hessische SPD verneigt sich in tiefer Trauer vor einem Menschen, der sich in vielfältiger Weise für das Gemeinwesen eingesetzt hat und immer im Blick hatte, seine Stadt und das Land zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger zu gestalten“, sagte Thorsten Schäfer-Gümbel.

„Manfred Schaub stand im besten Sinne für die traditionsreiche nordhessische SPD, für ihre Bürgernähe und Bodenständigkeit verbunden mit dem Mut zur Veränderung auf der Basis der Grundwerte der Sozialdemokratie. Als sehr beliebter Bürgermeister bewies er täglich das Gespür für die Sorgen und Nöte seiner Mitmenschen, für ihre Wünsche und Hoffnungen und versuchte, ihnen im politischen Handeln gerecht zu werden.“

Der SPD-Landtagsfraktion gehörte der Verstorbene von 1995 an zehn Jahre lang an. Von 1999 bis 2003 war er Parlamentarischer Geschäftsführer. Seit 2001 war er Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Nord und stellvertretender Landesvorsitzender.

VERFASSUNGSREFORM

KOSTENFREIE BILDUNG ALS ZIEL

Der Hessische Landtag hat eine Reihe von Gesetzen zur Änderung der Hessischen Verfassung beschlossen und damit den Weg frei gemacht für eine umfassende Anpassung des über 70 Jahre alten Regelwerks. Das letzte Wort zur Verfassungsreform haben die Wählerinnen und Wähler in Hessen am 28. Oktober in einer Volksabstimmung zusammen mit der Landtagswahl.

Thorsten Schäfer-Gümbel, zeigte sich grundsätzlich zufrieden mit



den Ergebnissen der Verfassungsreform. „Dazu hat beigetragen, dass die Beteiligten keine ideologischen Kämpfe ausgedehnt, sondern nach Gemeinsamkeiten gesucht haben.“

Allerdings bedauerte er, dass es nicht gelungen sei, die gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zur Doktorarbeit oder Meisterprüfung in der Verfassung festzuschreiben. „Bei diesem Thema blockiert insbesondere die CDU.“

15 ÄNDERUNGEN

Einigkeit besteht darüber, 15 Änderungen an der Verfassung vorzunehmen. Dazu gehören unter anderem die Stärkung von Kinderrechten, der Gleichberechtigung von Mann und Frau und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Nachhaltigkeit, Kultur, Ehrenamt, Infrastruktur, und Sport werden als Staatsziele verankert. Die Wählbarkeit zum Landtag soll auf 18 Jahre gesenkt werden. Der seit Jahrzehnten überholte Passus zur Todesstrafe wird endlich gestrichen.

BOUFFIERS PROBLEME BLEIBEN

Die sogenannte Sicherheitsinitiative „KOMPASS“ der Landesregierung sieht **Nancy Faeser** als untauglichen Versuch, Probleme zu lösen, die CDU-Innenminister in den vergangenen 19 Jahren in Hessen



erst geschaffen hätten. „Mit dem Stellenabbau bei der Polizei und der Konzentration neuer Stellen auf den Leitungsebenen haben die CDU-Innenminister zu verantworten, dass der ‚Schutzmann vor Ort‘ unsichtbar wurde.“ Faeser klagte: „Die Polizeibeamtinnen und -beam-

te arbeiten in Hessen an der Grenze des Zumutbaren. Sie sind insbesondere so belastet, dass sie keine planbaren freien Zeiten mehr haben, was gleichermaßen für die Gesundheit und die Familien nicht gut ist.“ Das zeigten auch der Berg von 2,7 Millionen Überstunden und die vielen Krankheitstage.

Die CDU-geführte Landesregierung müsse endlich für ausreichendes Personal vor Ort sorgen und in die Rahmenbedingungen der hessischen Polizei investieren. „Reine Werbeaktionen helfen nicht, Bürgerinnen, Bürger, Polizeibeamtinnen und -beamten fallen darauf nicht herein.“

EUROPÄISCHE UNION STÄRKEN

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, **Thorsten Schäfer-Gümbel**, fordert mehr Anstrengungen zur Stärkung der Europäischen Union als Projekt für Sicherheit, Gerechtigkeit und Wohlstand.

„Es gibt in der EU ein gemeinsames Ziel für die Inflationsrate, aber es gibt keine gemeinsamen Ziele für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

oder für mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit. Es gibt lediglich ein abstraktes Wohlstandsversprechen, das an vielen Stellen nicht mehr eingelöst wurde. Das legt die Grundlagen für populistisch-nationalistische Aufwallungen, die wir gerade in den Staaten Europas erleben.“

Schäfer-Gümbel forderte die Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks zwischen Frankreich, Polen und Deutschland, um außen- und



FOTO: ARTJAZZ - FOTOLIA

sicherheitspolitisch aber auch in der Wirtschafts- und Währungspolitik einheitlicher aufzutreten.

GEWÄSSERZUSTAND VERBESSERN

420 der insgesamt 441 Gewässer in Hessen sind in einem mäßigen bis schlechtem ökologischen Zustand und müssen bis zum Jahr 2027 in einen guten Zustand gebracht werden. Das von CDU und Grünen beschlossene neue Wassergesetz trage allerdings nichts dazu bei, das Problem richtig anzupacken, machte **Angelika Löber** deutlich. Die SPD-Politikerin kritisierte unter anderem die langen Übergangsfristen. Bei besonders gefährdeten Gewässern seien die Randstreifen zu schmal bemessen.



Die von Schwarz-Grün beschlossene Novelle der Hessischen Bauordnung (HBO) bleibt für die SPD-Landtagsfraktion eine Enttäuschung. **Elke Barth** kritisierte, dass von dem Versprechen, das Bauen in Hessen einfacher, schneller und günstiger zu machen, wenig übrig



bleibe. Anbetracht des hohen Bedarfs an neuen Wohnungen wäre es dringend notwendig gewesen, die Novelle der Bauordnung dafür als Schlüsselinstrument zu nutzen. Dieses Ziel habe die Koalition verfehlt. So erleichtere die Novelle nicht das serielle Bauen, das gerade den Wohnungsbau im unteren und mittleren Preissegment deutlich beschleunigen könne.

EXPLODIERENDE KOSTEN

Die SPD-Landtagsfraktion fordert von der Landesregierung Aufklärung über die Kosten für die Sanierung des alten Sozialministeriums. Nach hr-Recherchen muss das Land das Gebäude für mindestens 19 Millionen Euro sanieren – obwohl es einem privaten Investor gehört, der für die mittlerweile leerstehende Liegenschaft 1,6 Millionen Euro Jahresmiete vom Land kassiert. Das Sozialministerium ist kürzlich in ein neues Gebäude umgezogen, das für 2,7 Millionen Euro im Jahr angemietet wird. Der

haushaltspolitische Sprecher der SPD, **Norbert Schmitt**, zeigte sich



fassungslos über die explodierenden Sanierungskosten. Die SPD habe 2005 die CDU-Regierung davor gewarnt 54 Immobilien zu verkaufen und anschließend für bis zu 30 Jahre zurück zu mieten. „Schon damals war klar, dass dieses Geschäft langfristig zu hohen Gewinnen für die Investoren und zu erheblichen Verlusten für das Land führt.“

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Redaktion: Gert-Uwe Mende (verantwortlich), Gerfried Zlugabuck, Christoph Gehring, Martina Häusl-David, Valeska Fuhr